MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916

107 (1897)

265 (28.9.1897) Zweites Blatt

urn:nbn:de:bsz:mh40-71850

General-Anzeiger

Telegramm-Adresse: „Journal Mannheim." In der Postliste eingetragen unter Nr. 2736.
Abonnement: 60 Pfg. monatlich, Bringerlohn 10 Pfg. monatlich, durch die Post bez. incl. Postaufschlag M. 2.30 pro Quartal.
Inserate: Die Colonel-Zeile 20 Pfg. Die Reklamen-Zeile 60 Pfg. Einzel-Nummern 3 Pfg. Doppel-Nummern 5 Pfg.

(Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Mannheimer Journal.

(107. Jahrgang.)
Erscheint wöchentlich sieben Mal.
Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgegend.

E 6, 2 E 6, 2

Verantwortlich: für den politischen u. allg. Theil: Ernst Otto Hopp. für den lokalen und prov. Theil: Ernst Müller. für den Inseratentheil: Karl Apfel. Rotationsdruck und Verlag der Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei. (Erste Mannheimer Typograph. Anstalt.) (Das „Mannheimer Journal" ist Eigenthum des katholischen Bürgerhospitals.) sämmtlich in Mannheim.

Nr. 265. Dienstag, 28. September 1897. (Telephon-Nr. 218.)

Zweites Blatt.

Zu den Wahlen.

Die Rede des Abgeordneten Fieser über die politische Lage in Baden.

B. C. Donaueschingen, 26. September.

Vor einer ungemein zahlreichen, von dem Vorsitzenden des hiesigen nat.-lib. Vereins Herrn Lithographiebesitzer Dreß geleiteten Versammlung äußerte sich der Abg. des Bezirks Herr Landgerichtsdirektor Fieser über die politische Lage in Baden. Zunächst übermittelte er dem Bezirk den Dank der Partei dafür, daß sie in kritischer Zeit treu zu der Sache gehalten und dieser zum Siege verholfen habe. Damals handelte es sich nicht um die gewonnene eine Stimme, sondern um die Frage, ob der Bezirk am Vorabende der Landtagswahl der alten Fahne treu geblieben ist. Eingehend auf das Thema seines Vortrags betonte er, daß dies Mal sich alle Parteien zum Kampfe gegen den Nationalliberalismus vereint haben. Wenn man den Angaben der Gegner Glauben schenken wolle, so sei die Partei in einer vollen Auflösung. Angesichts solcher unwahren Darstellungen sei es immerhin nothwendig, daß die Partei eine gewisse Selbstprüfung vornehme. Er könne aber trotz der gewissenhaftesten Kritik nichts finden, was der Partei zur Unehre gereiche, oder was sie als eine volksfeindliche und reaktionäre erscheinen lasse. Wer gerecht und verurtheilungsfrei die Geschichte der nat.-lib. Partei verfolge, der müsse anerkennen, daß sie Großes geleistet hat. Unter ihrer Mitwirkung und durch die werkthätige Arbeit liberaler Männer wurde in der Osterproklamation des Großherzogs vom Jahre 1860 der Uebergang vom Polizei- zum Rechtsstaat vollzogen. Seitdem habe sich im Staats- und Gemeindeleben das Land auf der Grundlage liberaler Prinzipien und der Forderung der Gerechtigkeit zur Blüthe entwickelt. In Wirklichkeit sei es aber auch keine Unzufriedenheit der Wähler, welche die heutige kritische Lage geschaffen habe, sondern der alte Gegensatz zwischen Liberalismus und Ultramontanismus. Die Demokratie habe sich ihm ganz ergeben und die Sozialdemokratie paktire mit ihm. Ueber die Demokratie könne er sich kurz fassen. Es gebe in den einzelnen Bezirken zwar noch Demokraten, aber keine Partei, die aus sich heraus Sitze zu erobern vermöge. Die Sozialdemokratie habe er nie unterschätzt. Den Arbeitern sei aus einer Empfindung der Gerechtigkeit heraus gewährt worden, was sie unter den heutigen Produktionsformen, die sie in eine größere persönliche Abhängigkeit brachten, beanspruchen konnten. Aber die Herren seien immer noch nicht zufrieden. Da die Partei die Fürsorge für die Arbeiter nicht habe walten lassen, weil sie diese fürchte, sondern um der Gerechtigkeit willen, so lasse sie sich auch nichts abtrotzen. Das gelte insbesondere von dem diskreten Wahlrecht. Dieses werde von den Gegnern nicht um seiner selbstwillen begehrt, sondern weil es ihnen Nutzen bringe. Aber die nat.-lib. Partei sei nicht radikal, sie lasse sich aber auch durch Drohungen nicht einschüchtern, sondern sie handle nach ihren Grundsätzen. Und diese bauten sich vor allem auf dem monarchischen Prinzip auf, mit dem sich eine reine, auf Grund des Reichstagswahlrechts berufene Volkskammer nicht vertrage. Entweder komme es zu einer absoluten Volksherrschaft unter Bedrohung der Monarchie, oder zu einem Verfassungskonflikt. Diesen Erwägungen entstamme die nationalliberale Bedingung der gleichzeitigen Schaffung von Cautelen gegen eine etwaige Ueberfluthung durch das revolutionäre Element. Die ganze Bewegung gegen den nationalliberalen Antrag sei künstlich. Wenn dieser Antrag angesichts des Zweckes, den er verfolgt, reactionär sei, so sei er stolz darauf der Reactionär gewesen zu sein, der Vater dieses Gedankens war. (Stürmisches Bravo.) Aehnlich stehe es mit dem Gemeinderathsrecht. Baden sei seit den 30er Jahren wegen seiner freisinnigen Gemeindeverfassung berühmt gewesen. Es sei auch nicht wahr, daß die Nationalliberalen ihr eigenes Werk wieder vernichtet haben. Als das indirecte Wahlverfahren in Gemeinden von mehr als 500 Einwohnern eingeführt wurde, sei die Bürger- in eine Einwohnergemeinde verwandelt worden. Damals habe man sich gegen einen allzugroßen Einfluß des fluctuirenden Elementes schützen müssen. Im Uebrigen habe die Partei das directe Wahlrecht für Gemeinden bis zu 1000 Einwohner erweitert. Auf eine Reihe von persönlichen Angriffen seitens des „Donauboten" legte er dann noch dar, daß die nat. lib. Partei alle berechtigten Forderungen der Kath. Kirche bereitwillig erfüllt habe. Sie sei keine Feindin der Religion, sondern des Ultramontanismus, nicht des priesterlichen Amtes, sondern des politischen Priesterthums. Er schloß unter dem tosenden Beifall der Anwesenden mit der Betonung seiner Treue gegen Partei und Bezirk und der Hoffnung, daß auch die Männer der Baar die alten geblieben seien. Seine Candidatur wurde auf Vorschlag des Herrn Bürgermeister Fischer einstimmig ausgerufen. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf den Landesfürsten.

Die nationalliberale Partei und die kommenden Wahlen.

Wie immer am Wahltag die Würfel fallen: die Entwicklung der letzten Monate hat unzweideutig erkennen lassen, auf welcher Seite das Interesse eines freiheitlichen, von fremden Einflüssen unberührten Regierungssystems nicht verfochten wird, und wie unentbehrlich eine Partei in Baden ist, die den Ansturm der Feinde eines solchen Regierungssystems stets aufnimmt und immer wieder zurückwirft. Die nationalliberale Partei Badens hat aus eigener Kraft den freiheitlichen Staatsgedanken vertheidigt, als ihr die klerikale Partei ebenfalls allein gegenüberstand. Heute ist diese von Hilfstruppen begleitet, die in allen Farben schillern, während die nationalliberale Partei nach wie vor auf sich selbst angewiesen ist. Aber das kann ihr niemals Entmuthigung bereiten, sondern muß nur ihren Eifer vermehren; und die Vorgänge der jüngsten Zeit werden ihr wahrscheinlich auch die Zuversicht erhöhen.

Es war die scharf ausgeprägte Absicht des Gegners, durch die Heranziehung jener Hilfstruppen Verwirrung im nationalliberalen Lager anzurichten, zersetzende Wirkungen auf die Partei zu üben. Statt sich innerlich davon berühren zu lassen, hat die Partei den Gegner fest im Auge behalten und ihm so sehr zu schaffen gemacht, daß er seine Hilfstruppen nirgens entbehren, geschweige ihnen gestatten konnte, eigene Wege zu gehen, was sie zeitweilig nur allzugerne gethan hätten, um nicht immer und immer wieder als Trabanten zu erscheinen.

Es blieb kein Mittel unversucht, die nationalliberale Partei zu verdächtigen, als hege sie feindselige Gesinnung gegen die Religion, insbesondere gegen die katholische Kirche. Aber mit rühmenswerthem Erfolg weiß die Partei sich das Vertrauen der Katholiken zu bewahren, daß sie sich überhaupt nicht mit aggressiven Gedanken trägt, sondern lediglich abwehrt, wo ein unversöhnlich streitbarer und unduldsamer Geist im Klerus sich kundgibt, auf das Hoheitsgebiet des Staates übergreift oder den Staat behindern will, sich in der eigenen Hoheitssphäre kraftvoll zu entwickeln. Diesen Geist sehen wir im Reiche thätig, wenn das Centrum mit Polen, Welfen, Elsaß-Lothringern, Partikularisten und Radikalen aller Art die Mitwirkung versagt, wo nothwendige Reichseinrichtungen als solche befestigt und ausgebaut werden sollen. Wir sehen in allen Bundesstaaten, wo der Klerikalismus Boden besitzt, ihn die Hand nach der Schule ausstrecken, um das Volkserziehungswesen dem Staate zu entwinden, weil eben das hierarchische Regiment nie herzustellen ist, so lange die Schule als staatliche Veranstaltung zugleich eine Stätte des Lichtes und der Fortbildung ist. Insbesondere sieht man jenen unduldsamen Geist in Baden wirksam, wie er auch das Kirchenregiment zu beherrschen beansprucht, demgemäß auch dort jede Selbstständigkeit, zumal ein überlegtes friedfertiges Wohlwollen ausschließen will. Man kann weitergreifen und nach Belgien hinweisen, wo dieser selbe Geist der Herrschsucht — nicht etwa mit einer gegebenen republikanischen Staatsordnung sich abfindet, sondern offen die gegebene monarchische Ordnung bekämpft, so daß der König Leopold sich an den Papst wenden und ihm vorstellen muß, wie die neue katholische Volkspartei zur Gefahr für die Monarchie geworden sei. Doch genug: die katholische Bevölkerung in Baden hat ein volles Verständniß für den hier gezeichneten weiten Unterschied, so daß Wahlkreise mit fast ausschließlich Katholiken dennoch bei der nationalliberalen Partei beharren; und nicht nur dies, sondern zu ihr zurückkehren, wie 1895 die Kreise Oberkirch und Eberbach-Buchen.

Man hat weiterhin dem Lande die Empfindung beizubringen versucht, als leide es unter einem „Drucke" der nationalliberalen Mehrheit, sogar einem tyrannischen und systematischen Drucke, wie der Beobachter wehklagt. Aber für Suggestionen ist der aufgeweckte Badenser überhaupt nicht so leicht zugänglich, und er ist in der Schule wie politisch genügend ausgereift, um sich auch zu fragen, was er denn gegen die abzuschüttelnde „Bedrückung" eintauschen soll? Zunächst wäre es keine reine Mehrheit der Klerikalen, nur eine vom Centrum beherrschte Mehrheit. Je weniger sie sich über positive Maßnahmen zu einigen wüßte, desto mehr würde das Centrum den Einfluß dieser Mehrheit ausbeuten, um auch der Regierung auf Schritt und Tritt das positive Wirken unmöglich zu machen bis eben die Regierung mürbe geworden wäre und sich Zug um Zug die Freiheit der Bewegung durch Zugeständnisse an das lästige Centrum erkaufte. Man weiß ja, wie das im Reiche und in Preußen geschehen ist und wohin es geführt hat. Also den eingebildeten Druck der nationalliberalen Mehrheit soll das badische Volk abschütteln, um den Staat und das Regierungssystem einem unerbittlichen Druck des Centrums zu unterwerfen? Dazu entschließt sich der Badenser denn doch nicht, — namentlich möchten wir glauben, daß er jetzt allen Eifer walten läßt, einen solchen Umschlag der inneren Verhältnisse zu verhindern.

* * *

△ Offenburg, 27. Septbr. Wahrscheinlich um der Gefahr einer Versammlungsauflösung zu entgehen, erstattete gestern der Reichstagsabgeordnete Bebel seinen Wählern von Straßburg nicht in Neumühl, sondern hier in Offenburg Bericht über die letzte Reichstagssession. Es mochten etwa 2000 Personen, darunter mindestens 1000 bis 1200 aus Straßburg sich in der landwirthschaftlichen Halle eingefunden haben, um Bebel sprechen zu hören. Und Bebel sprach — von 3 bis 6 Uhr, volle drei Stunden über die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen im Allgemeine und über ihre Stellungnahme zu den einzelnen Gesetzesvorlagen der letzten Reichstagssession im Besonderen. Die Versammlung wurde geleitet durch den Redakteur des „Volksfreund", Adolf Geck, der ebenfalls ein Referat angenommen hatte, und zwar über die Landtagswahlen in Baden, der aber wegen der vorgerückten Zeit und der offensichtlichen Müdigkeit des Auditoriums seinen Vortrag ausfallen ließ. Bebel ging in seinem Vortrag aus von den „Gewaltmaßregeln" gegen die Sozialdemokratie, denen seine Partei in erster Linie den gewaltigen Aufschwung zu verdanken habe, den sie thatsächlich genommen, des Weiteren wärmt Herr Bebel jene alten unwahren Behauptungen, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Reichstagswahlen bedroht sei, daß der Staatsstreich — die Revolution von oben — in Aussicht stehe, 2c. wieder auf, natürlich unter großem Beifall der Versammlung. Die Sozialdemokraten sind da doch bessere Menschen, sie wollen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht schon für 20jährige und auch für die Frauen. Die Letzteren fordert er deshalb auf, bei den nächsten Reichstagswahlen ebenfalls in den Kampf einzutreten und ihre Männer solange und „mit allen Mitteln" zu bearbeiten, bis sie ihre Stimme einem Manne mit anerkannt steifen Rückgrat d. h. einem Sozialdemokraten geben. Das könnte ja recht nett werden, wenn diese Mahnung von unseren Frauen befolgt würde. Vom Centrum als Schutzwehr für das allgemeine direkte Wahlrecht hat Herr Bebel keine hohe Meinung. Im Reichstag trete es dafür ein, im preußischen Landtag habe es sich mit Redensarten über die Sache hinweggeholfen — der richtige Zeitpunkt für die Einführung des direkten Wahlrechtes sei noch nicht gekommen, sagte Herr Bachem — in Bayern sei das Centrum direkt gegen das direkte Wahlrecht aufgetreten und in Baden trete das Centrum nur deshalb für das direkte Wahlrecht ein, weil es aus der direkten Wahl einige Mandate zu gewinnen hoffe. Trotzdem brächten es die gleichen Herren vom Centrum fertig, sich in Berlin als die wärmsten Anhänger des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts aufzuspielen. Schacherpolitik — meint Herr Bebel und dürfte damit nicht so ganz Unrecht haben. Ueber das Vereins- und Versammlungsgesetz und das Coalitionsrecht der Arbeiter verbreitete sich Herr Bebel sehr ausführlich und leistete sich bei den Ausführungen darüber folgenden Satz: Sind unsere Zustände wirklich so, wie sie die Sozialdemokratie schildert, dann sind auch die Mittel, welche die Sozialdemokratie zur Beseitigung aller Uebelstände vorschlägt, die richtigen. Ein kühner Schluß. Dem Handwerkerstand und dem Kleinbauern ist nach Ansicht Bebels nicht mehr zu helfen, sie sind infolge unserer modernen Entwicklung rettungslos dem Untergang geweiht. Ihr Heil ist die Sozialdemokratie und ihre großen Mittel. Bebel läßt dann noch eine feurige Philippika gegen die Junker und Junkergenossen, bespricht für die Wähler aus dem Elsaß die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Diktaturparagraphen, ferner in rein Quidde'schem Sinne gegen den Majestätsbeleidigungsparagraphen, Militarismus, für den Völkerbund und Völkerfrieden, Abrüstung und Verwendung der gesparten Millionen für kulturelle Zwecke und schließt mit der nochmaligen Aufforderung, bei den nächsten Wahlen nur waschächten Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Zu einer Diskussion kam es nicht, da wie gesagt die Zeit schon sehr vorgerückt war, und die Versammlung offenbar froh war, aus der heißen, dunstigen Halle fortzukommen. Herr Geck schloß die Versammlung, die ruhig und ordnungsgemäß verlief, mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Nachher fand eine Zusammenkunft im Zähringerhofgarten statt. Der Ausschank geistiger Getränke in der landwirthschaftlichen Halle war verboten worden, aus welchem Grunde ist uns nicht recht verständlich.

* * *

Wie vieles in der konservativen Partei, gelinde gesagt, noch der „Klärung" bedarf, geht aus einer Auslassung der „Kreuz-Ztg." über die badischen Landtagswahlen hervor, worin das Verhältniß der Nationalliberalen zum Zentrum und dieser beiden Parteien zu der Socialdemokratie eingehend erörtert wird, und die Stellung, welche dabei die Konservativen einnehmen sollen. Da für diese bei den Wahlen nichts abfällt, sollte man meinen, daß es vieler Worte nicht mehr bedarf, daß diese Stellung von selbst gegeben sei. Die „Kreuz-Ztg." belehrt indeß, daß diese Ansicht irrig ist. Die Führung der badischen Klerikalen hat, wie bekannt, für ihre Wähler für die Entscheidung zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokratie offen die Parole ausgegeben, letztere zu unterstützen. Insbesondere geht es um die drei Karlsruher Wahl-

MARCHIVUM

Ahe. Die Zentrumsparole lautet wörtlich: Es sei wenigstens einige Gerechtigkeit zu erwarten, wenn die Vertreter der Residenz aus den Reihen der Demokraten oder Socialdemokraten genommen werden. Und konservativerseits selbst ist man auch der Ansicht, daß es der Demokratie und Socialdemokratie möglich sein werde, mit Hilfe des Zentrums die Karlsruher Wahlsitze zu gewinnen. Und nun mag die konservative Wahlparole für die badische Residenz folgen: „Wahrlich, so ungerechtfertigt die Haltung des Centrums ist, die thatsächlich für die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten eintreten, so gerechtfertigt schien es uns zu sein, wenn die konservativen Wähler in Karlsruhe .... sich der Wahl enthielten.“ Nach dem Tivoliprogramm sogar soll, wenn auch nicht mit Zwangsgesetzen, doch wenigstens der Socialdemokratie „entgegengewirkt“ werden; in Preußen hielt man überdies soeben ein Spezialgesetz gegen die Socialdemokratie als Prüfstein einer monarchischen Gesinnung — und in der Landeshauptstadt von Baden kommandirt man, wo der Socialdemokrat vom Klerikalismus zum Siege über den Nationalliberalen geführt werden soll, „Gewehr bei Fuß!“ Und warum, mit welchem Vorwand? Die durch Punkte bezeichnete Lücke in dem oben erwähnten Satz sagt es; nämlich: „angesichts dieser schroffen Absage der Regierung“. Und diese bestand darin: In Heidelberg war ein theologischer Lehrstuhl frei; darauf hat die Regierung nicht einen positiven, sondern — einen „liberalen“ Theologen berufen; der Lehrstuhl ist also besetzt wie er es bisher war! Am 8. d. M. hat der konservative Landesausschuß in Karlsruhe getagt und sein „tiefes Bedauern darüber ausgesprochen.“ Und aus diesem Grunde ist „nichts natürlicher“ als, in der oben angeführten Weise bei der Karlsruher Landtagswahl zu reagiren! In der That, ist, wo man um einer entgangenen Professur willen, auf die man keinen Anspruch hatte, vor den Augen des Landesherrn zur indirekten Unterstützung der Sozialdemokratie räth, nicht wirklich die Frage berechtigt, ob der Kreuzzeitungs-Konservatismus weiß, was er eigentlich „konserviren“ will.

* * *

Bei den preußischen Landtagswahlen

wollen die Sozialdemokraten ihre eventuelle Hilfe nicht umsonst leisten. Der von ihnen zu unterstützende Candidat wird sich vielmehr zur Unterstützung gewisser sozialdemokratischer Forderungen verpflichten müssen. So verlangen die Socialdemokraten z. B., daß der Bewerber für die Beseitigung der Gesindeordnung eintrete. Gerade in diesem Punkte aber sind selbst die Volksparteiler nicht gesonnen, dem socialdemokratischen Begehren nachzugeben. Eben jetzt hat sich eine heftige Fehde zwischen der „Freisinnigen Zeitung“ und dem „Vorwärts“ über die Gesindeordnung erhoben. Die Socialdemokraten wollen an Stelle eines besonderen Verhältnisses zwischen Herrschaft und Dienstboten den allgemeinen Dienstvertrag setzen, wie er zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei gewerblichen Unternehmungen besteht. In dieser Hinsicht hat aber selbst die Fortschrittspartei Einsicht genug, um zu erkennen, daß unter einem solchen Verhältniß die Dienstboten am allermeisten zu leiden haben würden. Denn die Herrschaft würde Dienstboten gegenüber, gegen die sie nicht mehr Rechte hätte, als gegen Arbeiter, sich auch in ihren Pflichten auf das Nothwendigste beschränken müssen. Die Socialdemokraten verkennen eben immer, daß die so viel geschmähte preußische Gesindeordnung auch der Dienstherrschaft sehr erhebliche Pflichten auferlegt. Man muß annehmen, daß die socialdemokratischen Führer dies den Massen absichtlich verschweigen, da sie ja die juristische Leuchte Stadthagen um sich haben. Hier aber, wie in anderen Fällen, kommt es den Socialdemokraten gar nicht darauf an, dem angeblich unterdrückten Theile einen Vortheil zu verschaffen, sondern nur darauf, die Zahl der Unzufriedenen zu vermehren und dadurch neue Schaaren von Anhängern zu gewinnen.

Von der Marine.

Wie telegr. schon gemeldet, verlief der Stapellauf des ersten deutschen Panzerkreuzers 1. Klasse glücklich. Dem Fürsten Bismarck, dessen Namen das Schiff trägt, übersandte die Marine ein großes Modell desselben. Wir erwähnen noch die Taufrede des Staatssekretärs Tirpitz, der Folgendes ausführte:

„Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers sollst du, stolzes Schiff, den Namen des größten Staatsmannes unseres Jahrhunderts führen, den Namen, der untrennbar mit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches verbunden ist. Bei seinem Klange und bei deinem Anblick werden die Herzen aller Deutschen bis weit jenseits der Meere höher schlagen. Die deutsche Marine aber, welche wie kaum ein anderer Theil unserer Nation den Unterschied von Einst und Jetzt fühlt, ist von ganzem Herzen dankbar, deinen stolzen Namen in Stahl und Eisen über die Ozeane führen zu dürfen. Das Vermächtniß einer großen Zeit soll in dir lebendig bleiben und Kraft und Muth dir stählen, gleich deinem großen Träger nie müde zu werden in zielbewußter Arbeit. So gleite denn hinein in dein Element, mit dem Rufe, der die Herzen aller Deutschen höher schlagen läßt, in guter und schwerer Stunde: Se. Majestät der Kaiser hurrah!“

Ein moderner Panzerkreuzer unterscheidet sich von einem Panzerschiff der Neuzeit, welches die höchste Gefechtskraft in Schutz- und Trutzwaffen in sich vereinigen muß, dadurch, daß bei ihm, der an Größe dem Panzerschlachtschiff kaum nachsteht, die Eigenschaften der Geschwindigkeit und des weiten Actionsvermögens, also des Zurücklegens großer Strecken unter Dampf, auf Kosten seines Panzerschutzes besonders ausgebildet sind. Er ist dadurch im Stande, feindliche Kreuzer, die des Panzerschutzes entbehren, zu bekämpfen und deren Recognoscirungsversuche gegen unsere Schlachtflotte zu vereiteln, mit feindlichen Panzerschiffen ein Feuergefecht zu führen, da er selbst schwere Schnellfeuerartillerie führt, sich dem wirksamen Angriff eines ihm überlegenen Panzers aber jederzeit vermöge seiner höheren Fahrgeschwindigkeit entziehen kann. Für Panzer älterer Construction, die nothgedrungener Maßen in allen Marinen im Ernstfalle hier und da noch mit Verwendung finden, ist der moderne Panzerkreuzer in vielen Fällen ein weit überlegener Gegner.

Der neue Panzerkreuzer, als Ersatz für die alte, unbrauchbar gewordene, vollgetakelte Leipzig gebaut, entspricht seiner Bestimmung gemäß dem modernen Schiffstyp: Hohe Fahrgeschwindigkeit (19 Seemeilen per Stunde), starke Artillerie (24 cm und 15 cm Schnellfeuergeschütze von panzerbrechender Wirkung in Panzerdrehthürmen) Panzerschutz aller vitalen Theile (Maschine, Kessel, Munitions- und Torpedoräume) durch ein inneres horizontales Panzerdeck von 80 mm Stärke, sowie Seitenpanzer von 20 cm Nickelstahl zum Schutz gegen direktes Artilleriefeuer und schließlich ein bedeutendes Kohlenfassungsvermögen, befähigen das Schiff sowohl zur Entsendung über den Ozean behufs Vertretung deutscher Interessen, exotischen Staaten mit moderner Kriegsmarine gegenüber, als diese Eigenschaften dasselbe auch zur Kriegführung in unseren heimischen Gewässern, zur Abwehr feindlicher Kreuzer von unseren Küsten und bei ihren Erkundigungsfahrten gegen unsere Schlachtflotte, zu energischer Recognoscirung gegen feindliche Panzerflotten und zum Schutz unserer Handelsschiffe gegen Zerstörung oder Wegnahme durch feindliche Kreuzer, vollauf befähigen.

Wenn Deutschland im nächsten Jahre diesen jetzt von Stapel laufenden einzigen Panzerkreuzer fertig gestellt haben wird, hat England deren 14, Frankreich 13, Rußland 10, Spanien 7, Japan 7, Italien 5 und selbst Oesterreich 2. Die bedeutende Steigerung der auf über 17 Mill. Mk. sich stellenden Kosten des neuen Kreuzers gegenüber den Baukosten der durch ihn ersetzten Kreuzerfregatte „Leipzig“ von nur 5 Mill. Mk. theilt Deutschland mit allen anderen Marinen; keine derselben hat sich aber durch diese aus der fortschreitenden Technik und den militärischen Anforderungen entspringende gesteigerte Kostensumme vom Bau von Panzerkreuzern abhalten lassen; entspricht ihr doch auch eine so außerordentliche Steigerung des Gefechtswerths, wie man ihn Kreuzern zu verleihen in früheren Zeiten für unmöglich hielt.

* * *

Zur Flottenfrage wird den „Dresd. Nachr.“ geschrieben: „Es hat kaum je zuvor einen Staatsmann gegeben, der in dem Maße wie Fürst Bismarck jeder Unbill, die einem Deutschen in der Fremde zugefügt wurde, schnell und nachdrücklich entgegengetreten wäre. Es ist vorgekommen, daß, wenn ihm nach Friedrichsruh oder Varzin entsprechende Berichte über dergleichen Vorfälle im Auslande aus den Berliner Ministerien zugesandt wurden, er sofort das eine Wort „Kriegsschiffe“ zurücktelegraphirte, worauf man genau wußte, was zu thun sei. Um aber Kriegsschiffe senden zu können, muß man welche haben und zwar in genügender Anzahl haben. Dies ist nicht der Fall; unsere Flotte hat in den Jahren, als Herr v. Caprivi als Reichskanzler Verwalter der Machtmittel des Reichs war, einen derartigen Rückgang erfahren, daß wir jetzt maritim schwächer dastehen als vor 10 Jahren, während die Aufgaben der Flotte gewachsen sind. Graf Caprivi war ein Gegner nicht nur der Colonialpolitik, wie sie unter dem Fürsten Bismarck in Angriff genommen war, sondern stand auch der Flottenvergrößerung in entsprechendem Sinne ablehnend gegenüber. Seine Auffassungen deckten sich ungefähr mit denen Delbrück's, der bei einer Besprechung, wenn wir nicht irren im Jahre 1876, äußerte, so lange er etwas zu sagen habe, würde er zu verhindern wissen, daß Deutschland sein Geld auch nur für eine Flotte dritten — also nach den jetzigen Begriffen vierten — Ranges ausgäbe. Was unter Caprivi versäumt worden ist, muß jetzt nachgeholt werden, und diese Ansicht theilt der Fürst Bismarck, wie wir versichern zu können glauben. Selbst in der „Zukunft“ wird berichtet, der Fürst habe gesagt, was nach dem Urtheil nüchterner Fachmänner nöthig sei, müsse bewilligt werden. Das Urtheil nüchterner Fachleute geht aber keineswegs dahin, daß für Deutschland eine Flotte ersten Ranges, wie die englische, hergestellt werden müsse. ...

* * *

Ueber den Untergang des Torpedobootes S 28 theilt die „Meckl. Ztg.“ von berufener Seite mit: Wenn der Herzog in dem kritischen Augenblick durch die Oeffnung in das Zwischendeck geschleudert sei, sei dies vielleicht dadurch noch erleichtert worden, daß der Herzog in der Erkenntniß der schweren Gefahr dem Mann am Ruder gerade einen Befehl zugerufen habe. Möglich sei auch, daß er zuvor ein Kommando an das Ruder gegeben, in der Meinung aber, nicht verstanden zu sein, sich in die Oeffnung hineingedrängt habe, um persönlich festzustellen, ob der Mann am Ruder dem Befehl entsprechend versehen habe. Gerade das Gefühl der Pflichterfüllung bis zum Letzten sei es gewesen, das auf diese Weise das gemeldete Ende des Herzogs mit herbeigeführt habe. Der Heizer schilderte bereits die vollkommene Ruhe und Selbstbeherrschung des Herzogs, der seine Schwimmweste ausgezogen habe, sich aber des Oelzeugs nicht mehr habe entledigen können. Angesichts der mit ihm dem Tode geweihten Mannschaft habe sich der Herzog zu einem energischen Versuche zu seiner eigenen Rettung nicht entschließen mögen. Das Letzte, was durch den geretteten Mann von dem Herzog übermittelt wurde, seien die Worte: Es ist doch Alles jetzt verloren. Jungens, laßt uns noch zusammen beten.“ Der Herzog habe dann laut gebetet: „Vater, nimm unsre Seelen zu Dir in den Himmel und schenke uns einen schnellen und gelinden Tod.“ Die andern Leute hätten schweigend gebetet. Die Annahme, daß dem Herzog und den mit ihm Zurückgebliebenen ein langes, qualvolles Ende beschieden gewesen sei, könne mit aller Bestimmtheit widerlegt werden. Das Wasser sei schnell gestiegen und der Vorrath an Luft, die an sich bereits verdorben war, nicht minder schnell zu Ende gegangen, sodaß eine Betäubung sehr bald habe eintreten müssen.

Deutsches Reich.

Die Entschädigung unschuldig Verurtheilter.

Die „Freis. Ztg.“ machte dieser Tage Propaganda für einen Gesetzentwurf, der, losgelöst von der umfassenden Strafprozeßreform, die Entschädigung unschuldig Verurtheilter feststellen soll. Wir können uns dem Wunsche des Herrn Eugen Richter nur anschließen. Nachdem alle Versuche einer durchgreifenden Strafprozeßreform auf absehbare Zeit als gescheitert anzusehen sind, scheint es uns Aufgabe der Regierung zu sein, an die Erledigung einer Materie heranzutreten, über deren Wichtigkeit und Gerechtigkeit eigentlich kein Mensch im Zweifel ist.

Der Centralverband der Handlungsgehilfen und die Socialdemokratie.

Die „Köln. Ztg.“ läßt sich aus Elberfeld schreiben: Die Socialdemokraten unternahmen auch hier den Versuch, für den kürzlich gegründeten „Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands“ Anhänger zu gewinnen, und hatten zu diesem Zweck die betheiligten Kreise zu einer Versammlung eingeladen. Der Versuch mißglückte aber völlig und dürfte den „Genossen“ gezeigt haben, daß unter den hiesigen Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen kein Boden für ihre Bestrebungen vorhanden ist. Alle Aemter des Bureaus in der Versammlung mußten die Socialdemokraten an die Handlungsgehilfen deutschnationaler Richtung abtreten, deren Vorsitzender die Verhandlungen zum großen Aerger der Socialdemokraten zudem mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnete.

Aus Moltkes Nachlaß.

Die Abtheilung für Kriegsgeschichte des Großen Generalstabes veröffentlicht soeben (Verlag von E. S. Mittler u. Sohn) den Schlußband der „Correspondenz des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke.“ Er behandelt, wie schon die Ueberschrift „Waffenstillstand und Friede“ besagt, die Ereignisse seit den im Januar 1871 angeknüpften Waffenstillstandsverhandlungen, bis zur Rückkehr der deutschen Truppen aus Frankreich. Aus dem reichen kriegsgeschichtlichen Material reproduciren wir im Folgenden die Antwort Moltke's auf den Vorschlag des damaligen Kronprinzen von Sachsen, der Versailler Regierung in der Bekämpfung der Commune durch vollständige Cernirung von Paris zu Hilfe zu kommen. Kronprinz Albert sieht in der Commune eine Bewegung, die für ganz Europa die größten Gefahren berge und daher schleunigst unterdrückt werden müsse. Darauf antwortet Moltke unterm 22. April 1871 mit folgendem Schreiben:

„Euerer Königlichen Hoheit gnädiges Schreiben vom 17. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und gestatte mir das Nachstehende unterthänigst zu erwidern: Seit Abschluß des Präliminarfriedens ist eine Reihe von Concessionen der französischen Regierung gemacht worden. Man hat die Zahlung für Ernährung der Armee limitirt, Steuererhebung und Verwaltung den heimathlichen Behörden zurückgegeben, Post und Telegraphen diesen anvertraut und die Befugniß zur Aufstellung von Truppen diesseits der Loire von 40 000 auf 100 000 Mann erweitert, Alles, um das Gouvernement zu kräftigen und in den Stand zu setzen, seinen Verpflichtungen gegen uns nachzukommen. Letzteres ist nicht geschehen, die Verhandlungen in Brüssel werden absichtlich verschleppt, die Zahlungstermine nicht eingehalten, die Rebellen in Paris nicht zum Gehorsam zurückgeführt. An maßgebender Stelle ist man daher entschlossen, keine weiteren Zugeständnisse zu gewähren, vor Allem dem französischen Gouvernement keine Gendarmendienste zu leisten. Zunächst wird jede Verstärkung der Armee von Versailles über 100 000 Mann hinaus verweigert. Herr Thiers würde mit der doppelten Zahl ebensowenig leisten. Er vergeht in nichts bedeutenden Gefechten das Blut französischer Soldaten, um den Pariser Bürger zu schonen, dem er nicht ernsthaft zu Leibe gehen will. Nichts wäre natürlicher, als Paris von beiden Seiten abzusperren, und seit Wochen ist dies Anerbieten bereits in Versailles gemacht und wiederholt worden. Daß es von unserer Seite geschehe, ist Alles, was man dort wünscht. Die Herren Thiers und Favre würden sich vergnügt die Hände reiben, öffentlich aber über die Vergewaltigung der deutschen Barbaren wehklagen und als Wohlthäter vor Paris die Verbindung nach Süden freigeben. Sie brauchen unsere Hülfe, aber sie soll ihnen aufgedrungen werden; in ihrer Schwäche braucht die Regierung diese Rechtfertigung vor der öffentlichen Meinung. Man hat uns nöthig genug, aber man schämt sich unser. Wir sind zur Hülfeleistung bereit, aber wir müssen darum angegangen werden, und vor Europa bedürfen wir darüber Schwarz auf Weiß. Die Verhältnisse in Paris sind wohl derart, daß sie auch wohl ohne Zwang von Außen in sich selbst zerfallen müssen, ob dies noch Tage oder Wochen dauert, läßt sich nicht vorhersehen ..... Ob danach Herr Thiers sich entschließen wird, unsere Hilfe offen und ehrlich in Anspruch zu nehmen, muß abgewartet werden.“

Bekanntlich erbat die französische Regierung später offiziell die deutsche Unterstützung, die auch gewährt wurde.

Verein für Sozialpolitik.

Am zweiten Sitzungstage entwarf nach dem interessanten Vortrage des Geh. Hofrathes Dr. Felix Hecht-Mannheim Landrath Dr. Seidel hauptsächlich ein Bild der Entwicklung des ländlichen Personalkredits für den Norden Deutschlands, was allerdings noch viel zu thun und zu wünschen übrig bleibt. Große Hoffnungen für den persönlichen ländlichen Kredit setzt Redner auf ein neues preußisches Sparkassengesetz — das, nebenbei bemerkt, schon sehr lange erwartet wird —, um die in den Sparkassen aufgespeicherten Summen von fünf Milliarden hauptsächlich für den ländlichen Kredit nutzbar zu machen. Seiner Ansicht nach eignen sich die Raiffeisen'schen Kassen viel besser zum Vermittler und Träger des ländlichen Personalkredits, als die Schultze-Delitz'schen Kassen, eine Ansicht, die den Anwalt dieser Genossenschaften, Dr. Hans Crüger, zum Versuch der Beweisführung vom Gegentheil in die Schranken rief. Aber trotz dieser Polemik, in die auch der Sachwalter der Raiffeisen'schen Genossenschaften zur Abwehr der oben erwähnten Urtheile des Referenten Dr. Hecht gegen einige Lücken im Raiffeisen'schen System eingriff, muß doch festgestellt werden, daß die einstige bittere Feindschaft zwischen den drei großen Gruppen der ländlichen Kreditgenossenschaften, den Raiffeisen'schen, den Schultze-Delitz'schen und den Offenbach'schen Genossenschaften aufgehört hat, das Kriegsbeil begraben ist und hoffentlich nicht wieder ausgegraben wird. In dieser Ausgleichung der Ansichten über den besten Weg zur Hilfe für den ländlichen Kredit liegt die große Bedeutung der diesmaligen Tagung des „Vereins für Sozialpolitik“, ebenso in der Thatsache, daß die ländlichen Kreditgenossenschaften der Zahl nach wie in ihrer Wirksamkeit im entschiedenen Wachsen begriffen ist. Dies stellte Dr. Thieß, welcher vor Allem die Formen der ländlichen Kreditgenossenschaften in den Kreis seiner Betrachtungen zog, an einigen sehr hübschen Beispielen dar.

Die herausfühlende Mißstimmung einiger ländlichen Genossenschaften über die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse (die sogenannte „Preußenkasse“) wegen des niedrigen Zinsfußes dieser Kasse, mit dem andere Genossenschaftskassen nicht konkurriren können, besänftigte der Direktor dieser mit preußischer Staatshilfe gegründeten Anstalt, Dr. Heiligenstadt, durch die Aussicht, daß die „Preußenkasse“ je nach den Konjunkturen auch ihren Zinsfuß erhöhen werde; auch die geäußerte Befürchtung, daß mit Hilfe der „Preußenkasse“ zu viele ländliche Kreditgenossenschaften gegründet wurden, die sich späterhin nicht als leistungsfähig erwiesen, zerstreute Dr. Heiligenstadt.

Nach der Mittagspause zog Prof. Adolf Wagner in sehr fesselnder Weise die Schlüsse aus dem bisherigen Gang der Verhandlungen, um allgemeiner die Sätze zu formuliren: mit individuell unorganisirtem Kredit ist dem Landmann nicht geholfen; es muß eben für ihn der organisirte Kredit der ländlichen Genossenschaft eintreten; nach den bisherigen Erfahrungen eignen sich die nach Raiffeisen aufgebauten Systeme am besten für die Organisation des landwirthschaftlichen Personalkredits; ebenso bewährt sich für letzteren das System der unbeschränkten Haftpflicht am besten.

Auch die beiden letzten Diskussionsredner, Direktor im landwirthschaftlichen Ministerium Geheimrath Thiel und Haas (Offenbach a. M.), konnten mit Genugthuung das immer weiter greifende Verständniß der ländlichen Bevölkerung für die Bestrebungen eines ausreichenden und ethisch und geschäftlich wirksamen Personalkredits konstatiren und ebenso den friedlichen Wetteifer, der sich ehedem auf's Bitterste bekämpfenden, verschiedenartig aufgebauten Systeme der ländlichen Kreditgenossenschaften: in ihrer Arbeit nur das Beste für die ländliche Bevölkerung zu erreichen und hierbei auf die Accentuirung eines besonderen Systems zu verzichten — — das Gute wird genommen, wo es sich darbietet!

Auf der 69. Versammlung deutscher Naturforscher

in Braunschweig hielt Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Orth-Göttingen einen fesselnden Vortrag über „Medizinischen Unterricht und ärztliche Praxis.“ Die ungeheuren Fortschritte, die die medizinische Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten gemacht, habe auch den medizinischen Unterricht sich von alten Geleisen entfernen und neue Bahnen einschlagen lassen, und statt der früheren universellen Professuren seien Professuren für Spezialfächer eingerichtet. Freilich habe trotz dieser Verbesserung der medizinische Unterricht nicht mit den Fortschritten gleichen Schritt halten können, und die Ausbildung mancher jungen Aerzte wäre nicht immer eine solche, wie sie im Interesse des Publikums und des ärztlichen Standes wünschenswerth sei. Aber trotzdem zu sagen, der ärztliche Stand sei heruntergegangen, entbehre jeder Begründung; nur die Methode des Unterrichts an den Universitäten sei rückschrittlich. An sich leisteten heute die Aerzte mehr als früher, und wenn sich ein wissenschaftlicher Mangel geltend mache, so sei dies im Allgemeinen nicht bei den jüngeren Aerzten der Fall, sondern bei den älteren. Eine Hauptaufgabe des heutigen Arztes müßte nicht allein sein, eine Krankheit zu heilen, sondern ihr vorzubeugen. Man habe sich viel zu lange mit der Heilkunst beschäftigt, nicht aber damit, das Volk aufzuklären, wie man eine Störung des Organismus verhüte. Allerdings sei hier zur Entschuldigung anzuführen, daß erst in neuester Zeit die Ursachen vieler Krankheiten erforscht wurden. In der vorbeugenden Thätigkeit biete sich heute dem Arzte ein großes Feld; er solle in Schule und Familie ein ernster Berather sein und dafür sorgen, daß vor Allem die Jugend zu einem gesunden, kräftigen Geschlecht erzogen werde. Große Fortschritte habe die ärztliche Kunst auf operativem Gebiete gemacht; hier feiere besonders auch die pathologische Anatomie große Triumphe; ihre Erforschungen hätten dem Arzte erst den Muth gegeben, so mancher Krankheit auf operative Weise zu Leibe zu gehen. Freilich sei es auch hier dem Gefühle des Arztes überlassen, den Fall reiflich abzuwägen, den Kranken zu studiren, seine ganze innere und äußere Natur kennen zu lernen. In dieser Beziehung treibe auch die Schulmedizin Naturheilkunde, und es sei barer Unsinn, wenn man die zukünftige Medizin in einen Gegensatz zu der Naturheilkunde bringen wolle.

MARCHIVUM